

Hartz IV und seine Auswirkungen

„Ein Gesetz zur Einschüchterung“

Die Hartz-Reformen haben Deutschland massiv verändert. Durch sie wurden große Teile der Bevölkerung unter Druck gesetzt und diszipliniert. Der Niedriglohnsektor und das Verarmungsrisiko nahmen zu – und der Rechtsextremismus auch. Die zunehmende Demontage des Sozialstaates treibt die Spaltung unserer Gesellschaft voran und gefährdet die Demokratie.

Interview mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Butterwegge, welche Auswirkungen hatten und haben die Hartz-Reformen auf die Arbeitswelt?

Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Es wurden die Mini- und Midijobs eingeführt und die Leih- bzw. Zeitarbeit liberalisiert. Für davon Betroffene brachte das gravierende Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mit sich. Mittels Hartz IV wurden Langzeitarbeitslose noch mehr drangsaliert, die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und härtere Sanktionen verhängt. So hat man Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften genötigt, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sowie Lohn- bzw. Gehaltseinbußen hinzunehmen. Dadurch wurde die Arbeitswelt rauer, der „Herr-im-Hause“-Standpunkt vieler Unternehmer wieder salonfähig und der unter Bundeskanzler Helmut Kohl entstandene Niedriglohnsektor viel breiter. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse ermöglichten der Kapitaleseite höhere Gewinne, während Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Gürtel enger

schnallen und ihr vorheriges Anspruchsniveau senken mussten.

Inwieweit veränderte sich damit auch unsere Gesellschaft?

Ich spreche nicht allein deshalb von einer „Hartz-IV-Gesellschaft“,

Pfandflaschen und Getränkedosen aufbessern können. Seither gehören Mülltonnen durchwühlende Flaschensammler vielerorts zum Stadtbild. Wer die brisante Mischung von berechtigter Empörung, ohnmächti-

„In der Mittelschicht wächst die Befürchtung, dass der eigene Wohlstand gefährdet ist und ein sozialer Absturz droht.“

weil inzwischen über 15 Mio. Menschen diese Transferleistung in Anspruch nehmen mussten. Längst gibt es etwas, was man „Hartz-IV-Welt“ nennen kann: eine Subkultur im Bereich der Arbeitslosengeld-II-Empfänger samt ihrer Familien, die von Hartz-IV-Kochbüchern über Sozialkaufhäuser und Möbellager bis zu Hartz-IV-Kneipen reicht, wo die Betroffenen unter sich bleiben und ihr Bier zu Niedrigpreisen trinken. Ab 1. Januar 2003 galt zusammen mit den ersten beiden Hartz-Gesetzen auch die Pfandpflicht, sodass Transferleistungsbezieher ihr karges Haushaltseinkommen durch das Sammeln und die Rückgabe von

ger Wut und blankem Hass auf „die Etablierten“ kennt, wie sie wohl nur in Hartz-IV-Beratungsstellen und Versammlungen von Erwerbsloseninitiativen existiert – sofern die Betroffenen nicht schon resigniert und sich ganz aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben –, kommt zu dem Schluss, dass innerhalb der Bundesrepublik zwei Welten oder „Parallelgesellschaften“ existieren und die Brücken dazwischen abgebrochen wurden. Auf der einen Seite entstehen Luxusquartiere, in denen sich die „Superreichen“ hinter den hohen Mauern ihrer Villen verschanzen und von privaten Sicherheitsdiensten bewachen lassen.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Jahrgang 1951, studierte Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaft, Psychologie und Philosophie. Nach verschiedenen beruflichen Stationen als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent ist er seit 1998 Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher über Armut, Sozialstaatlichkeit, Neoliberalismus und Rechtsextremismus. Anfang 2015 erschien sein Buch „Hartz IV und die Folgen – Auf dem Weg in eine andere Republik?“.

www.christophbutterwegge.de

Auf der anderen Seite konzentrieren sich die Armen in despektierlich als „soziale Brennpunkte“ oder euphemistisch als „Stadtteile mit besonde-

Angst hervorgebracht hat. Vor allem in der Mittelschicht wächst die Befürchtung, dass der eigene Wohlstand gefährdet ist und ein sozia-

„Das deutsche Kleinbürgertum hat sich in Krisensituationen politisch immer nach rechts orientiert.“

rem Entwicklungsbedarf“ genannten Elendsquartieren der Großstädte.

Inwieweit sind populistische Strömungen wie jüngst die Pegida-Bewegung ein Reflex auf die Hartz-Reformen?

Wer den Sozialstaat demontiert, gefährdet damit auch die Demokratie. Hartz IV war ein Gesetz der Angst, das eine Gesellschaft der

ler Abstieg oder gar Absturz droht. Angst führt zu irrationalen Reaktionen und das deutsche Kleinbürgertum hat sich in Krisensituationen politisch immer nach rechts orientiert. Pegida ist für mich ein regional unterschiedlich stark ausgeprägtes Phänomen, das die mit der AfD schon parteiförmig verfestigte rechtspopulistische Position von Thilo Sarrazin auf der Straße arti-

ONLINETIPPS

Interview mit Christoph Butterwegge „Es gibt vermehrt Armut trotz Arbeit“ Telepolis, 21.11.2014 www.heise.de/tp/artikel/43/43363/1.html

Christoph Butterwegge Eine andere Republik – Hartz IV und die Folgen NachDenkSeiten, 17.11.2014 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23972>

CETA und TTIP als Gefahr für das europäische Sozialmodell NachDenkSeiten, 26.06.2014 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=22160>

Wie Freihandelsabkommen das europäische Sozialmodell angreifen Focus, 23.06.2014 <http://tinyurl.com/nl7udm6>

Deshalb werden die Ursachen von Armut in Deutschland verschwiegen Tagesspiegel, 16.06.2014 <http://tinyurl.com/marx4kv>

Reichtumsförderung ist keine Armutsbekämpfung Focus, 21.05.2014 <http://tinyurl.com/klatvbs>

Warum die Koalition im Kampf gegen Altersarmut versagt Focus, 19.04.2014 <http://tinyurl.com/lpzuk4w>

„Armutsimport“ – Wer betrügt hier wen? Blätter für deutsche und internationale Politik, 04.02.2014 <http://tinyurl.com/kn2etrp>

kuliert hat. Dass die lokale Hochburg der „Pegida-Bewegung“ in Dresden lag, war gewiss kein Zufall. Denn hier hatte es 2004 nicht bloß wie damals in allen ostdeutschen

kulturelle Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Religion oder Herkunft politisch aufladen und als Ab- bzw. Ausgrenzungskriterium gegenüber „Mitbewerbern“

„Der Neoliberalismus schafft einen idealen Nährboden für Standortnationalismus und Sozialdarwinismus.“

Städten Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV gegeben, sondern die NPD auf dieser Protestwelle auch den Einzug in ein Landesparlament geschafft. Was sich einmal in den Köpfen vieler Menschen abgelagert hat, lässt sich von Leuten wie Lutz Bachmann leicht wieder reaktivieren.

Gibt es auch inhaltliche Übereinstimmungen zwischen rechtsextremistischem und neoliberalen Denken?

Durch die Fixierung auf den Leistungswettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen idealen Nährboden für Standortnationalismus, Wohlstandschauvinismus und Sozialdarwinismus. Maßnahmen der Privatisierung, Ökonomisierung und Kommerzialisierung zwischenmenschlicher Beziehungen leisten Tendenzen zur Entpolitisierung und Entdemokratisierung massiv Vorschub, weil die Gesellschaft nicht mehr wie bisher politisch zu gestalten, d.h. demokratisch zu entwickeln ist. Wo die Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf Globalisierungsprozesse als für den „eigenen“ Standort nützlich, ja sogar notwendig legitimiert wird, entsteht ein rassistische Ressentiments begünstigendes Klima. Denn je mehr die Konkurrenz im Rahmen der „Standortsicherung“ verschärft wird, umso leichter lässt sich die

um Arbeitsplätze, Wohnungen, Beziehungspartner und Sozialtransfers instrumentalisieren.

Warum wurden die Hartz-Reformen ausgerechnet von einer rot-grünen Regierung durchgeführt?

Es scheint, als sei dem Sozialstaat nach dem „Sieg über den Staatssozialismus“ der Krieg erklärt worden. „Privatinitiative“, „Eigenverantwortung“ und „Selbstvorsorge“ wurden aufgrund der neoliberalen Hegemonie, d.h. der Meinungsführerschaft des Marktradikalismus neben „Wettbewerbsfähigkeit“, zu Leitbildern eines umfassenden „Um-“ bzw. Abbaus des Wohlfahrtsstaates. Gleichwohl scheiterten mehrere An-

rot-grüne Bundesregierung weder ein stimmiges Konzept noch eine Alternative zum Neoliberalismus besaß, passte man sich diesem aber in der Praxis an, zumal die Wirtschaftslobby sie enorm unter Druck setzte und die „Modernisierer“ in der größten Regierungspartei immer mehr Einfluss gewannen.

Warum regte sich damals und regt sich auch heute so wenig Widerstand?

Das unter dem Kürzel „Hartz IV“ bekannte Gesetzespaket wurde letztlich von einer sozialpolitischen Allparteienkoalition verabschiedet. Wesentlich erleichtert, begünstigt und vielleicht sogar überhaupt ermöglicht wurde der Schulterchluss aller Parlamentsfraktionen von einer marktradikal gestimmten Medienöffentlichkeit, die Gegner der Reform als „Bedenkenträger“, „Betonköpfe“ oder „Besitzstandswahrer“ verunglimpfte. Außerparlamentarisch machte sich negativ bemerkbar, dass die SPD als treibende Kraft auftrat und die Gewerkschaften als größte und handlungsfähigste Organisationen personell eng mit dieser Partei verbunden wa-

„Je mehr die Konkurrenz verschärft wird, umso leichter lässt sich kulturelle Differenz politisch aufladen.“

läufe der Regierungsparteien CDU, CSU und FDP zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe am entschlossenen Widerstand der SPD-regierten Länder im Bundesrat, die vom damaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine koordiniert wurden. Nach dem Sieg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 erschienen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kurskorrekturen möglich. Da die

ren. Trotzdem gab es massenhaften Widerstand und – wenn auch erst nach Verabschiedung der Reform – Großkundgebungen und Montagsdemonstrationen, besonders in Ostdeutschland. Fast überall entstanden Erwerbsloseninitiativen, wie sich auch Wohlfahrtsverbände, manche Gewerkschaftsgliederungen, Kirchengemeinden und globalisierungskritische Netzwerke zu Anti-Agenda- bzw. Anti-Hartz-Bündnissen, zu Runden Tischen

oder zu Sozialforen vereinigten. Heute haben sich zwar große Teile der Bevölkerung längst an Hartz IV gewöhnt, die unmittelbar Betroffenen sich jedoch nicht damit ausgesöhnt, sondern schlimmstenfalls resigniert. Wenn der Protest gegen Austeritätspolitik und Arbeitsmarktreformenten in anderen EU-Staaten, die mittels deutschen Lohndumpings niederkonkurriert wurden, noch mehr anwächst, kann es hierzulande erneut zum stärkeren Aufbegehren kommen.

Welche Änderungen würden Sie vornehmen, wenn Sie für Arbeits- und Sozialpolitik verantwortlich wären?

Ich würde die Hartz-IV-Regel-

Hartz IV wirklich verdient: Sie muss bedarfsgerecht, armutsfest und repressionsfrei sein, wodurch die Armen und Erwerbslosen aus ihrem Helotendasein befreit würden, das ihnen die rot-grüne Sozialreform mittels strenger Zumutbarkeitsregeln und harter Sanktionsdrohungen auferlegt hat.

Was ist der Unterschied zwischen einer sozialen Grundsicherung und einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Während sich eine soziale Grundsicherung am Bedarf der Hilfebedürftigen orientiert bzw. orientieren sollte, handelt es sich beim bedingungslosen Grundein-

„Es scheint, als sei dem Sozialstaat nach dem ‚Sieg über den Staatssozialismus‘ der Krieg erklärt worden.“

leistungen deutlich erhöhen, eine zusätzliche Pauschale für die Energiekosten einführen und ein Moratorium bei den Sanktionen verkünden. Längerfristig geht es darum, einen inklusiven Sozialstaat zu schaffen und ihn durch Gründung einer solidarischen Bürgerversicherung wieder auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen. Dann wären neben den Arbeitnehmern auch Selbstständige, Freiberufler und Beamte, Abgeordnete und Minister eingebunden. Die finanzielle Solidarität von Besserverdienenden willkürlich deckelnde Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen würde ich auf- bzw. anheben, alle Einkommensarten, auch Kapitaleinkünfte, Diäten sowie Miet- und Pachteinnahmen beitragspflichtig machen. Integraler Bestandteil der Bürgerversicherung wäre eine soziale Grundsicherung, die den Namen im Unterschied zu

kommen um eine Leistung, die allen Bürgern unabhängig von ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zustehen würde. Auf extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse wird mit der Forderung nach einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert. Dabei muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden, wenn die soziale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben soll. Durch seine gigantischen Kosten würde das bedingungslose Grundeinkommen sogar die öffentliche Armut erhöhen – wegen der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz. Das bedingungslose Grundeinkommen bräche auch mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates und würde seine Architektur bzw. Struktur zerstören. Seit dem Kaiserreich sind den staatlichen Transferleistungen

BUCHTIPPS

Christoph Butterwegge
Hartz IV und die Folgen

Auf dem Weg in eine andere Republik?

Beitz Juventa, Januar 2015

290 Seiten, 16,95 Euro
978-3-7799-3234-5



Christoph Butterwegge, Gerd Bosbach, Matthias W. Birkwald (Hrsg.)

Armut im Alter

Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung

Campus, November 2012

280 Seiten, 19,90 Euro

978-3-593-39752-8



Christoph Butterwegge

Armut in einem reichen Land

Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

Campus, Januar 2012

400 Seiten, 24,90 Euro

978-3-593-39605-7



nämlich Sozialversicherungen vorgeschaltet, die Standardlebensrisiken – Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit – kollektiv absichern, sofern der versicherte Arbeitnehmer und sein Arbeitgeber entsprechende Beiträge gezahlt haben. Nur wenn dies nicht der Fall oder der Leistungsanspruch bei Arbeitslosigkeit erschöpft ist, muss ein Betroffener auf steuerfinanzierte Leistungen zurückgreifen.

Herr Prof. Butterwegge, herzlichen Dank für das interessante Gespräch!